

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für Dezember: Durch die Post oder durch unsere Boten ins Haus geschickt Mark 380.—, bei Abholung in der Geschäftsstelle Mark 350.—, durch die Stadtboten Mark 370.—, alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsausbringer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindefachverbandsgirokonto Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger Lager welcher Art auch immer — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenspreis: Die gespaltene Grundzeile (Zim. Maße 14 oder deren Raum 20.— Mk., Offensetze 10.— Mk. Im Reklameteil (Zim. Maße 14) 20.— Mk. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen nach Absprache nach feststehenden Sätzen. — Ähnliche Anzeigen die gespaltene Zeile 20.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Wochentage wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 287.

Sonntag, den 10. Dezember 1922.

77. Jahrgang.

Tageschau.

Die Besprechungen der Reichsregierung in der Reparationskommission haben, wie der Draht meldet, noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Eine Übermittlung der Vorschläge an die alliierten Ministerpräsidenten während der Londoner Verhandlungen ist dadurch schon aus rein technischen Gründen ausgeschlossen.

Der Ministerpräsident Poincaré und Finanzminister de Cassagnac sind Freitag mittag in Begleitung des Direktors im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Bertratti de la Rocca, des Sekretärs der Botschafterkonferenz Bessin, des Sachverständigen Tannery und des Botschafters de Wargerie zur Londoner Konferenz abgereist. Sie trafen um 7 Uhr in London ein.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth, an den eine Einladung nach den Vereinigten Staaten zu einer Vortragsreise ergangen ist, beabsichtigt, dieser Einladung Folge zu leisten, und zwar Anfang nächsten Jahres.

In Lausanne verlautet, daß die Türken heute den Plan der Alliierten über die Meerengen mit einigen Änderungen annehmen werden. Die Konferenz wird sich vom 23. Dezember bis zum 4. Januar vertagen.

Im Haushaltsausschuß des Sächsischen Landtages wurde die Regierungsvorlage über den staatlichen Kostenanteil an der Stimmzettelverteilung zur Wahl einstimmig verabschiedet. Es wurde beschlossen, allen Parteien für jede abgegebene gültige Stimme je 2 Mark zu erlegen.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

Die nahende Krisis in Deutschland.

Der bekannte englische Volkswirtschaftler Prof. Dr. C. A. Berran Stuart schreibt in einer der angelegentlichsten holländischen Wochenblätter in den „Ökonomisch-statistischen Berichten“:

Von nahezu allen, die die Entwicklung des ökonomischen Lebens seit dem Frieden von 1919 verfolgt haben, wird eingesehen, daß der Weg zum Abgrund von Zentral-Europa, und namentlich auch von Deutschland, jetzt fester zurückgelegt ist, daß die unermessliche Katastrophe in der nächsten Zukunft zu befürchten ist. Die ersten Krisissymptome (ich denke hier an die gewaltigen Kreditnot, die in diesem unglücklichen Deutschland herrscht) sind bereits deutlich wahrnehmbar. Und wenn diese Kreditnot nächsten verfallenen Betriebe festhalten läßt und demzufolge auch in Deutschland die Arbeitslosigkeit in großem Umfang sich geltend macht, wird die Welt vor einem Problem zu stehen kommen von solchem Ernst und von so gewaltigem Umfang, wie es die Geschichte der Volkswirtschaft in den letzten Jahrhunderten nicht gekannt hat.

Die Ursache des verzeitelten Zustandes, in dem Deutschland geraten ist, und auch die Ursache dafür, daß dieses Land sein Budget unumhülllich stimmend machen kann, liegt in dem Inhalt des Vertrages von Versailles. Die Inflation hat wohl die Wirkung, den Verarmungsprozess zu verschärfen und die Krisis, worauf es hinauslaufen muß, zu beschleunigen, aber sie ist von vielen Verarmung und Krisis nicht die eigentliche Ursache. Diese ist in m. E. hierin zu suchen, daß dem amputierten Deutschland die Möglichkeit genommen ist, seine Bevölkerung von reichlich 60 Millionen Seelen zu ernähren und zu unterhalten. Und die aufziehende Krisis hat diese Bedeutung, daß sie die entscheidende Wahrheit der Clemenceau zugeschriebenen Worte: „zwanzig Millionen Deutsche zuviel“ an den Tag treten lassen wird.

Die außergewöhnlich fröhliche Entwicklung der deutschen Industrie trug seinerzeit das Gedächtnis des Volkshaushalts und ermöglichte es, diesen in sehr befriedigendem Maße zu einem allmählich höheren Wohlstandsstand zu bringen, obwohl schon vor dem Kriege die Frage sich aufdrängte, ob im Hinblick auf das Anwachsen der Bevölkerung, auch in den Ländern, die bisher einen Teil ihrer Getreideernte ausführen konnten, diese ökonomische Struktur sich dauernd halten können. Und der Umfang des deutschen Außenhandels vor dem Kriege zeigt außerdem, wie nahe die Wohlfahrt der übrigen Welt mit der Entwicklung der deutschen volkswirtschaftlichen Gemeinschaft verbunden war.

Durch den Weltkrieg und dessen Ablauf ist dieser Zustand nun von Grund auf verändert. Nicht allein in Deutschland, wie auch die andern Kriegführenden, durch eine gewaltige Verringerung ihres Kapitalvermögens und durch den Verlust von Millionen von Männern im tatträftigsten Alter

plötzlich stark verarmt und in der Schaffenstrafe zurückgelassen, es hat außerdem sehr im Auslande angelegtes Kapital wie seine Kolonien fast ganz verloren, so daß ihm die in der Form von Rohstoffen und Nahrungsmitteln daraus erzielten Erlöse entfielen, seine industrielle Leistungsfähigkeit ist durch den Verlust des Reichslandes, des Saargebietes und eines großen Teiles von Oberschlesien außerordentlich vermindert, und während die abgetrennten Teile seines Grundgebietes umstände waren, einen Überschuß von Lebensmitteln an den Rest von Deutschland zu überlassen, wird es auch diesen Überschuß fortan vom Auslande beziehen müssen. Die fünf Millionen Deutsche, die früher genährt wurden aus dem Überschuß der Ackerbauzeugnisse der nun losgetrennten Gebiete, müssen jetzt ihre Nahrung kaufen mit einem Teil der Produktion des gegenwärtigen Deutschlands.

Dazu kommt, daß die Möglichkeit, Waren für den Export zu liefern, in ganz bedeutendem Maße vermindert ist. Von der Eisenproduktion sind nur 20,41 Prozent Deutschland geblieben worden, von seiner Kohlenproduktion nur 88,20 Prozent, während das Band aus der Förderung der ihm noch zur Verfügung stehenden Rohstoffen monatlich noch 2 Millionen Tonnen an die Entente abgeben muß (eine Menge, welche das Band unmöglich liefern kann, und die dann seit Oktober 1920 auch nie mehr erreicht worden ist), so daß es jetzt in großem Umfange Steinkohlen einführen muß.

In Rennes Monatschrift „Reconstruction“ wurde denn auch unlängst berechnet, daß das Volk sich jetzt mit 85 Prozent von dem, was vor dem Kriege von den am wenigsten zu entbehrenden Nahrungsmitteln zur Verfügung stand, behelfen muß. Diese einfachen Tatsachen bedeuten, daß das gegenwärtige Deutschland nicht imstande ist, seine Bevölkerung in ihrem bestehenden Umfange am Leben zu erhalten. Eine so beträchtliche Einschränkung der Nahrungsmittel wie nach dem Angeführten sich wiederholen noch ganz abgesehen von der Schuld an die Entente, die jetzt nötig geworden ist, ist dauernd nicht möglich.

Und die Einschränkung wird noch umfangreicher, wenn man sieht, daß die Produktion der Industrie wegen des Rückganges des zur Verfügung stehenden Kapitals und der Verminderung der Arbeitsbereitschaft, sowie der Leistung der Arbeiter sich nicht mehr auf der früheren Höhe befindet. Da es nun, infolge des katastrophalen Rückganges der Markt, immer schwieriger wird für die Markt, ausländische Kaufleute zu finden, nicht unerbittlich der Augenblick, an dem es sich zeigen wird, daß es, wenn denn vielleicht nicht 20, so doch jedenfalls einige Millionen Deutsche in diesem Lande zu viel gibt. Ein stimmendes Budget machen ist nur möglich durch ein energetisches Zurückgreifen der deutschen Regierung. Eine Auslandsanleihe in ansehnlicher Höhe kann das Problem nicht lösen, höchstens die unvermeidliche Krisis verschieben und die finanziellen Folgen des in Versailles geschaffenen, völlig unhaltbaren Zustandes in erhöhtem Maße wie das jetzt bereits der Fall ist, dem Zustand ausbilden.

Die Schuldforderung des Vorlesenden kann denn auch keine andere sein als diese, daß nicht allein die Entschuldigungsverpflichtungen die Ursache sind von dem gegenwärtigen Zustand, in dem Deutschland sich befindet; daß aber die Ursache darin gelegen ist, daß der weitere Inhalt des Friedensstratates dem deutschen Volke in seinem gegenwärtigen Umfange die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit genommen hat. Diese im Versailler Vertrage gelegene Ursache wirkt immer weiter, welche Regelung auch getroffen werden möge in Bezug auf die Schuldveränderung, bis dieser Vertrag eines Tages revidiert oder zu nichts gemacht sein wird. Hiermit verglichen verlieren Regelungen, wie sie jetzt zwischen Deutschland und Belgien mit Rücksicht auf die Zahlung von einigen Hunderttausenden Goldmark fast völlig ihre Bedeutung, und es ist reine Torheit zu glauben, daß dies zur Bewahrung des ökonomischen Lebens in Europa oder zur dauernden Stabilisierung der Welt Bedeutendes beitragen könnten.

Das Interesse Amerikas an den Londoner Besprechungen.

London, 8. Dezember. (W. I. B.) Der diplomatische Vertreter des „Daily Telegraph“ schreibt: Ein Beweis für das ungewöhnliche Interesse, das die Washingtoner Regierung und Amerika überhaupt den Londoner Besprechungen der alliierten Premierminister über die Reparationsfrage zuwenden, sei die Parlamentarier der amerikanischen Botschafter in Berlin und Brüssel mit dem amerikanischen Bot-

schafter in London. Der Botschafter in Paris werde sich später auch nach London begeben. Der Korrespondent erzählt, daß diese Botschafterkonferenz auf Grund besonderer Beziehungen aus Washington stattfinden und fast hinzu, Amerika sei zwar noch nicht formell zur Konferenz geladen worden, werde aber schließlich auf ihr vertreten sein.

Die politische Lage in Preußen.

Berlin, 9. Dezember. (Wg. Draht.) Der preussische Minister des Innern Evering erklärte einem Redaktionsmitglied des „Tageblattes“ über die politische Lage in Preußen, es sei nicht zu leugnen, daß die Teuerung- und Streikwelle, die sich vor einiger Zeit in einer Reihe von Orten des besetzten Gebietes abgepielt haben, eine Zeitlang zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gegeben haben. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß von französischer und belgischer Seite die Bewegung innerhalb der kommunikativen und unionistischen Arbeiterschaft gefördert worden sei. Man habe versucht, die Unzufriedenheit innerhalb der gesamten Kreise für separatistische Zwecke auszunützen. Es sei aber gelungen, die Streikunruhen binnen 5 Tagen zu beenden und damit jede Gefahr zu beseitigen. Auf die Frage, welche Bedeutung der national-sozialistischen Bewegung beizulegen sei, antwortete der Minister, daß diese Partei zwar in Bayern eine gewisse Macht darstelle, daß aber jeder Versuch, die national-sozialistische Methode auf preussisches Gebiet zu übertragen, mit allen Komplikationen besetzt werden würde. Überhaupt werde der Staat bei eisk. Unruhen von seinen Nachmitteln den erfolgreichsten Gebrauch machen. Der Minister werde fortfahren auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik staatsfeindliche Organisationen aufzulösen, in welcher Vertiefung sie auch auftauchen mögen.

Die Nöte des selbständigen Mittelstandes.

Unter dem ständig fortschreitenden Verfall unseres Wirtschaftskörpers leiden am meisten jene Volksschichten, die wir mehr gefühlsmäßig als wissenschaftlich exakt unter dem Sammelbegriff „Mittelstand“ zusammenfassen. Aus diesem Allgemeinbegriff hebt sich als selbständiges Gebilde der sog. „selbständige Mittelstand“ heraus. In ihm erfasst man die Kleinhandwerker und selbständigen Gewerbetreibenden. Gerade die erstgenannte Gruppe begegnet im Volk, das unter den derzeitigen Teuerungserhöhlungen ziemlich unterschiedenes und gleichmäßig zu leiden hat, gewissen Vorurteilen, die in letzter Zeit nicht nur in Großstädten zu behauerlichen Ausbreitungen geführt haben. Die Lage des selbständigen Kleinhandlers ist heute alles andere als rosig. Selbst wenn zur Zeit die Geschäfte „gut gehen“, sagen wir: noch, d. h. solange die stichlich abnehmende Kaufkraft dies ermöglicht, so unterliegt das konsumierende Publikum jenseit der ungewohnten Schwelgereiten, die mit der Beschaffung der Ware, ihrer bestmöglichen Bewertung und vor allem ihrer Wiederbeschaffung verbunden sind. Scher unerträglich erscheinen die Gewerbesteuererhöhungen, die weiterhin drohende Umsatzsteuererhöhung, sowie eine Anzahl anderer gegen den Kleinhandel gerichteter steuerlicher Maßnahmen. In Hochzeiten sieht man die schwerste Gefahr, durch die in fast absehbarer Zeit Kleinhandel und Gewerbe systematisch erdrückt zu werden drohen, in der falligen Wucherbekämpfung, deren Durchführung den ehrlichen Händler außer Stande setzt, seine Vorräte zu ergänzen und sein Betriebskapital zu erhalten. Dazu kommt die bedauerliche Heftkampagne einer gewissen Presse, die geradezu Wünderungen als „Selbsthilfe“ gut heißt und ständig zur „Selbstkontrolle“ in Stadt und Land auffordert. Nach einer Erklärung des Staatssekretärs des Preuss. Ministeriums des Innern soll die Gewährung des Wiederbeschaffungspreises „Revolution“ und „Rebellion“ bedeuten. Man kann sich jedoch des Gefühles nicht erwehren, daß ein durch fortschreitenden Betriebskapitalmangel bedingter Rückgang der Vorräte doch eine gefährliche Warenknappheit und damit naturgemäß besonders leicht Unruhen hervorrufen würde. Daß durch gezielte Verlagerung der Entlastung des Wiederbeschaffungspreises Kleinhandel und Gewerbe gezwungen werden, immer weniger einzukaufen, ist bereits zur Binsenwahrheit geworden. Hatte ein Kleinhandwerker in den Vorkriegsjahren etwa 10 000 Betriebskapital, so müßte er heute entsprechend der Geldentwertung etwa 10 Millionen Mark hierfür zur Verfügung haben. Dies ist natürlich durchaus nicht der Fall. Der Kaufmann, der früher kostweise einkaufte, bedarf seinen Bedarf bereits oft schon in Franken, der der Stoffhändler sich auf Vager legen konnte, hat kaum noch das bare Geld, um meterweise einzukaufen zu können.

Denn auch die Kreditbeschaffung ist immer schwieriger geworden, die Zinsen sind gestiegen und die Zahlungsbedin-